

31.05.11

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Stellungnahme der Bundesregierung zu der Entschließung des Bundesrates zur Änderung des Gentechnikgesetzes

Das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz hat mit Schreiben vom 27. Mai 2011 zu der oben genannten Entschließung des Bundesrates Folgendes mitgeteilt:

Der Bundesrat hat die Bundesregierung in seiner Entschließung zur Änderung des Gentechnikgesetzes vom 18. März 2011 aufgefordert, hinsichtlich der Gewährleistung und Haftung für Saatgut eine Präzisierung des Gentechnikgesetzes zu prüfen. Nach der Entschließung soll derjenige, der konventionelles Saatgut einführt oder sonst erstmals in Verkehr bringt, die Gewähr dafür übernehmen, dass dieses Saatgut ohne Verstoß gegen das Gentechnikgesetz angebaut werden kann.

Hintergrund der Entschließung sind die im Frühjahr 2010 bundesweit aufgetretenen Schäden, die Landwirten durch das Vorkommen von gentechnisch veränderten Spuren (NK 603) in zwei Maissaatgutpartien entstanden sind. Da Landwirte und Handel zu spät über das Ergebnis der Saatgutbeprobung informiert wurden, war das Saatgut größtenteils bereits ausgesät. Die betroffenen Flächen mussten von den Landwirten umgepflügt werden, was zu beträchtlichen Kosten und Ertragsausfällen geführt hat. Die Frage, wer für diese Schäden aufkommt, ist seit längerem Gegenstand von Verhandlungen und dürfte endgültig voraussichtlich erst durch die Gerichte entschieden werden. Dies führt dazu, dass die Landwirte zunächst die Kosten sowie das Prozessrisiko tragen.

Gesetzliche Regelungen für die Gewährleistung und Haftung desjenigen, der konventionelles Saatgut einführt oder sonst erstmals in den Verkehr bringt, existieren bereits. Die Gewährleistung und Haftung richtet sich dabei nach den Bestimmungen des Vertragsrechts und des zivilrechtlichen Schadensersatzes. Insbesondere kommen Ansprüche aus dem Kaufvertrag in Betracht, wenn das verkaufte konventionelle Saatgut durch das Vorkommen von gentechnisch veränderten Organismen mangelhaft ist. Dabei spielen die konkreten vertraglichen Vereinbarungen eine entscheidende Rolle. Die Vertragsgestaltung obliegt der Eigenverantwortung eines jeden Unternehmers, die sich durch entsprechende Klauseln in den Verträgen gegen denkbare Schadensfälle absichern können.

Die geltenden zivilrechtlichen Vorschriften für eine Gewährleistung und Haftung desjenigen, der Saatgut importiert oder in den Verkehr bringt, stellen im Rahmen der Vertragsfreiheit einen angemessenen Interessenausgleich zwischen den Beteiligten dar. Die Bundesregierung hält die bestehenden zivilrechtlichen Vorschriften für ausreichend und beabsichtigt daher nicht, eine Gewährleistungsregelung oder eine spezielle Haftungsregelung für das Importieren oder Inverkehrbringen von konventionellem Saatgut in das Gentechnikgesetz aufzunehmen.

Um solche Schadensfälle durch gentechnisch veränderte Konstrukte im Saatgut künftig zu vermeiden, ist aus Sicht der Bundesregierung das von den für die gentechnikrechtliche Saatgutkontrolle zuständigen Bundesländern im Jahr 2010 vereinbarte einheitliche Vorgehen entscheidend: Danach sollen die Saatgutuntersuchungen auf gentechnisch veränderte Organismen zeitlich so abgeschlossen werden, dass betroffene Partien vor der Aussaat vom Markt genommen werden können. Nach gegenwärtigem Stand konnte dies im Jahr 2011 erfolgreich umgesetzt werden.